

Presseinformation

22. November 2017

Ossig: Basel III darf europäische Banken nicht benachteiligen

- **Basel III: Kein Kompromiss um des Kompromisses willen**
- **Proportionalität: Kleine und mittlere Institute spürbar entlasten**
- **Gesamte Regulierung auf den Prüfstand stellen**

Die andauernden Baseler Verhandlungen dürfen nicht dazu führen, dass am Ende europäische Banken benachteiligt werden. Darauf hat der Bankenverband hingewiesen. „Wir befürchten bislang aber, dass Basel III derzeit genau darauf hinaus läuft. Der jetzt vorgesehene Output-Floor von über 70 Prozent führt zu einem deutlichen Anstieg der Eigenkapitalanforderungen allein für europäische Banken – erhöht aber die Finanzmarktstabilität keineswegs“, sagte Christian Ossig, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bankenverbandes, mit Blick auf die heutige Veranstaltung „Neue Entwicklungen in der Bankenaufsicht“ in Frankfurt am Main.



Gute Regulierung müsse sich am Risiko einer Bank orientieren. „Die Gefahr besteht allerdings, dass dieses Prinzip bei den derzeitigen Baseler Verhandlungen ausgehöhlt wird“, so Ossig. Wie es anders und besser gehe, beweisen derzeit die gemeinsam von deutscher Aufsicht und der

Kontakt

Dr. Kerstin Altendorf
Bundesverband
deutscher Banken e.V.
Director, Pressespre-
cherin
Tel. +49 30 1663-1250
kerstin.altendorf@bdb.de

Schlagworte

Regulierung
Basel III
Ossig
Finanzmarktregulierung
Proportionalität
Bankenaufsicht

Presseinformation

Kreditwirtschaft vorgelegten Vorschläge zur Proportionalität. Ossig: „Hier sind wir Deutschen einen deutlichen Schritt vorangekommen, um kleine und mittelständische Banken spürbar von der Regulierungsflut zu entlasten. Nun werden wir unsere Vorschläge auf europäischer Ebene weiter vorantreiben.“ Das bedeute allerdings nicht, dass unterschiedliche Anforderungen an die Höhe und die Qualität von Eigenkapital oder Liquiditätsregeln gestellt werden.

Noch ein langer Weg sei es allerdings dahin, bestehende Regulierung zu überprüfen und Regulierung auch – wenn sie ineffektiv ist – zu streichen. Hier gehe der bisherige Ansatz der Europäischen Union (EU) nicht weit genug. Wichtig sei es doch, die Gesamtheit der Regulierung unvoreingenommen auf den Prüfstand zu stellen. Ossig: „Klar ist dabei auch, dass wir keinesfalls die Regulierungsfortschritte zurückdrehen, sondern Widersprüche ausräumen und unerwünschte Nebenwirkungen abstellen wollen. Da ist man in den Vereinigten Staaten schon einen Schritt weiter.“